Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 3

Artikel: Frankreich 1974
Autor: Scheuer, Georg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338819

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Georg Scheuer, Paris

Frankreich 1974

Das neue Jahr begann für Frankreich mit mehreren Fragezeichen. Zwei Faktoren wirken dabei zusammen: die mit unerwartet starker Wucht hereinbrechenden wirtschaftspolitischen Prüfungen und die rapid zunehmenden innenpolitischen Krisen- und Spaltungserscheinungen im «Pompidou-Block».

Wirtschaftskrise

Im Vordergrund des «Malaise» steht die Wirtschaftskrise, von der Frankreich gegenwärtig besonders hart betroffen ist. Politische Konsequenzen sind unausbleiblich.

Einen Vorgeschmack gab die ausserordentliche Tagung der Nationalversammlung im Januar. Anlass war der eigenmächtige Beschluss Pompidous, die französische Währung sechs Monate «floaten» zu lassen. Zugleich kam aber damit die Gesamtpolitik der gaullistisch-konservativen Koalitionsregierung zur Debatte. Erstmalig stimmte die Zentrumsgruppe um Lecanuet und Servan-Schreiber für den Misstrauensantrag der Linksparteien. Dies ist ein böses Omen für den Pompidou-Block, der sich gerade in diesem Augenblick für die Gewinnung der politischen Mitte bemühte.

Bis zu den Floating-Beschlüssen des 19. Januars hatte die Regierung Pompidou–Messmer–Giscard d'Estaing eine Art Vogel-Strauss-Politik befolgt. Im Kontrast zu den anderen EG-Partnern wurde in Frankreich bis zur Jahreswende keine wirksame Sparmassnahme getroffen. Man glaubte oder liess glauben, Frankreich sei infolge der Vorzugsbeziehungen mit den Araberstaaten vor Oelmangel geschützt und könne somit von der westeuropäischen und internationalen Energiekrise verschont werden.

In Wirklichkeit wussten die massgebenden Kreise der französischen Wirtschaft und Politik sehr wohl, dass sich die Dinge auch für Frankreich in krisenhafter Weise entwickeln mussten. Aus Angst vor heftigen Reaktionen der französischen Bevölkerung, nicht nur der Arbeitnehmer, sondern insbesondere auch der Mittelschichten und selbst des Bürgertums, hielt man aber mit der Wahrheit solange wie möglich zurück.

Nun schlägt unumgänglich auch in Paris «die Stunde der Wahrheit», und die Enttäuschungen sind für die breite Öffentlichkeit um so grösser. Unvermeidlicherweise wirkt sich die schlagartige Anhebung des Benzinpreises zum 30 Prozent und des Heizöls um nahezu 50 Prozent jetzt in der gesamten Produktion, im Verbrauch und vor allem in einem Ausfuhrrückgang aus. Ein Defizit von rund 18 Milliarden Francs ist für den französischen Staatshaushalt entstanden. All das hofft man nun durch eine faktische Abwertung des Francs wettzumachen – eine zweischneidige Massnahme mit weitreichenden Folgen.

Schrumpfende Massenbasis

Bei der Beurteilung der weiteren Chancen des Regimes geht man in den politischen Kreisen der französischen Hauptstadt von folgenden Überlegungen aus: Der Präsident wurde 1969 mit nur etwas mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten gewählt. Er verdankte seine Wahl hauptsächlich den damaligen Spaltungen innerhalb der Opposition und insbesondere der massenweisen Stimmenthaltung der Kommunisten, die in der Stichwahl die Unterstützung eines demokratischen Kandidaten abgelehnt hatten; die «Union» der französischen Linksparteien kam erst 1972 zustande. Die relative Schwäche der Wahlbeteiligung 1969 und die Beschränkung der Wählerstimmen auf die eigentliche Rechtskoalition (zum Unterschied von der vorher breiteren Wählerbasis für Charles de Gaulle, der auch auf Zentrums- und Linksstimmen zählen konnte), beschränkten von Anfang an die politische Bewegungsfreiheit des theoretisch mit nahezu unbegrenzten Vollmachten ausgestatteten Präsidenten Georges Pompidou. Er versuchte deshalb in den folgenden Jahren mehrmals, den zu weit nach rechts gezogenen Pendel der französischen Innenpolitik zur Mitte hin auszuloten, allerdings stets mit starren Vorbehalten und Vorkehrungen, an welchen die angebahnten Ausgleichsversuche letzten Endes immer wieder scheiterten. Kulissenverhandlungen mit Persönlichkeiten des Zentrums – vor allem mit dem Vorsitzenden des oppositionellen Demokratischen Zentrums (CD) Jean Lecanuet und «Winke» an sozialdemokratische Persönlichkeiten blieben ohne greifbares Ergebnis. Pompidous Versuch, 1972 die europafreundliche politische Mitte und demokratische Linke auf dem Weg eines plötzlich inszenierten EWG-Volksentscheids für einen Anschluss an eine renovierte gaullistisch-konservative Koalition zu gewinnen, schlug fehl, weil die Wähler die Gefolgschaft versagten.

Zerfallserscheinungen

Nach diesem Misserfolg der angebahnten «Öffnung zur Mitte» vollzog Präsident Pompidou eine «Kehrtwendung», verabschiedete den als liberal und europafreundlich geltenden Premierminister Jacques Chaban-Delmas und ersetzte ihn durch den vorherigen Verteidigungsminister und früheren Kolonialgouverneur Pierre Messmer. Auch dieser Kurswechsel zu härteren gaullistischen Akzenten hat sich aber, wie der Verlauf des Jahres 1973 zeigte, nicht bewährt. Schon die Art und Weise des Regierungswechsels wurde selbst von der gaullistisch-konservativen Mehrheit im Parlament als Brüskierung empfunden.

Die Märzwahlen 1973 brachten für den Pompidou-Wahlblock eine bedenkliche Quittung: Die gaullistische UDR verlor die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung, und auch die beiden kleineren Koalitionsparteien (die RI unter der Führung des Wirtschafts- und Finanzministers Valéry Giscard d'Estaing und der rechte Flügel des Zentrums) erlitten empfindliche Verluste. Dieses Wahlergebnis erfolgte trotz einem noch seiner-

zeit unter de Gaulle ausgearbeiteten Wahlsystem und einer Neueinteilung der Wahlkreise, mit welchen der gaullistisch-konservative Block begünstigt werden sollte. Nach dem Verhältniswahlrecht, wie es beispielsweise in der Schweiz praktiziert wird, hätte der gaullistisch-konservative Block die Märzwahlen 1973 mit einem knappen Abstand von den Wahllisten der Linksunion verloren. Wenngleich dies auf parlamentarischer Ebene derzeit nur zum Teil in Erscheinung tritt, machte man sich in den verantwortlichen Kreisen der französischen Hauptstadt keine Illusionen über die politischen Konsequenzen des neuen Kräfteverhältnisses. Dies ist einer der Gründe für die Ablehnung einer ausserordentlichen Parlamentssession durch den Parlamentsminister Joseph Comiti; die Regierung Pompidou-Messmer ist sich ihrer eigenen parlamentarischen Mehrheit nicht sicher.

In diesem Zeichen stehen die Auseinandersetzungen zwischen den drei Koalitionsparteien nicht nur in öffentlichen Polemiken, sondern auch auf Ministerebene. So wird Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing als Chef der liberal-konservativen RI von den Gaullisten als Hauptverantwortlicher für bestimmte Aspekte der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialkrise bezeichnet, während umgekehrt die RI und das Rechtszentrum in ihren Auslassungen die UDR zu diskreditieren versuchen. Am tiefsten sind die Widersprüche und Gegensätze aber innerhalb der gaullistischen UDR selbst.

Der vorherige Verteidigungsminister und frühere Premierminister Michel Debré ist aus der Regierung ausgeschieden und jetzt zum Chef einer «nationalen Opposition» der Rechtsgaullisten geworden, die immer häufiger und immer offener gegen Präsident Pompidou Stellung nimmt. Auf der anderen Seite strebt am linksliberalen Flügel der UDR der gleichfalls aus der Regierung ausgeschiedene vorherige Sozialminister Edgar Faure, jetzt Präsident der Nationalversammlung, zu einer Neuformierung der demokratischen Mitte für den Fall einer Ablöse.

Kampf um die Nachfolge

Die weiteren Perspektiven an der Seine stehen nun offen. In den politischen Kreisen der französischen Hauptstadt hält man eine Vorverlegung der Staatspräsidentenwahl – normalerweise erst im Frühjahr 1976 – für möglich und bereitet sich auf diese Möglichkeit noch in diesem Jahr vor. Im konservativen Lager haben bereits mehrere Persönlichkeiten ihre Kandidatur für eine Elyséenachfolge angemeldet. Im Vordergrund steht dabei der frühere Premierminister Jacques Chaban-Delmas mit Unterstützung eines Grossteils der UDR. Auf der anderen Seite verbucht der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, François Mitterand, als eventueller Kandidat der «Linksunion» laut Meinungsumfragen seit einigen Monaten auch in den Wählerkreisen der politischen Mitte ein beträchtlich verbessertes «Image» mit wachsenden Chancen.